

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 19.23 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsherr Reinhard Docter

Ratsfrau Herta Everwien

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Jürjen Heinks

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Ratsherr Johann Wessels

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Uwe Hellmann

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Nils Köhler

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders
Ratsherr Hermann Züchner

F.D.P.

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Erich Bolinius

von der Verwaltung

Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtrat Ewald Fürst
Städt. Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

7 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Er möchte den Ratsmitgliedern, die in der Zwischenzeit einen runden Geburtstag gefeiert hätten, Glückwünsche übermitteln und einen Blumenstrauß überreichen. Es seien dies Frau Tamminga (50), die sich leider aus Krankheitsgründen entschuldigt habe, Frau Monika Hoffmann (50), Herr Jerems (60) und Herr Odinga (60). Ferner möchte er Herrn Abels gratulieren, der zwar keinen runden, aber heute seinen 63. Geburtstag feiere.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Röttgers teilt mit, die im Dollart-Center ansässigen Unternehmen hätten beantragt, anlässlich der Durchführung eines Kinderjahrmarktes mit verschiedenen Aktivitäten zugunsten der Ronald Mc Donald's Kinderhilfe ihre Geschäfte am 25.03.2001 in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr zu öffnen.

Der Antrag sei im Laufe der Bemühungen, die angestrengt worden seien, eine Kooperation zwischen Einzelhandel und dem DOC zu erreichen, zurückgezogen worden. Es seien zwar positive Aspekte zu verzeichnen, das Management habe sich aber dahingehend geäußert, dass es die Diskussion nicht so ganz verstehe, denn die Kräfte, die dort gegeneinander ausgespielt würden, sollten besser für eine gemeinsame Vermarktung des Standortes Emden eingesetzt werden. Es sei z. B. vorgeschlagen worden, aus Anlass dieses Volksfestes auch in der Innenstadt alle Geschäfte zu öffnen.

Der Rat könne durch Erlass einer Rechtsverordnung höchstens viermal im Jahr eine Befreiung von den Vorschriften des Ladenschlussgesetzes zulassen, wenn bestimmte Vorausset-

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

zungen gegeben seien. Diese hätten in dem Falle zweifelsfrei vorgelegen, was auch von der Bezirksregierung bestätigt worden sei.

Da der Antrag, wie schon gesagt, unter dem Gesichtspunkt, dass sich eine positive Zusammenarbeit zwischen den Standorten anbahne und man in Zukunft etwas Gemeinsames vorbereiten wolle, zurückgezogen worden sei, werde der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Rates am 14.12.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/11/4
Umbesetzung von Gremien;
Musikschule Emden e. V.

Beschluss: Der Rat stellt folgende Umbesetzung fest:

Christine Schmidt-Reinders
Carl-Orff-Straße 14
26721 Emden

anstelle von Gertrud Rehling.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/12/4
Besetzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden;
Wahl eines neuen Mitgliedes

Beschluss: Der Rat stellt folgende Neubesetzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse fest:

Als stellvertretendes Mitglied für Herrn Joachim Frerichs wird

Herr August Südbeck

anstelle von Herrn Bardelt Rosenboom gewählt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Punkt 6: Vorlage 13/1465
Vorlage 13/1465/1
Bestimmung der Zahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 09.09.2001

Beschluss: Das Gebiet der Stadt Emden wird für die Kommunalwahl am 09.09.2001 in vier Wahlbereiche (Nord, Ost, Süd und West) mit den aus dem der Vorlage 13/1465 anliegenden Plan ersichtlichen Grenzen eingeteilt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Vorlage 13/1475
Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgericht Oldenburg;
Wahl des Wahlbevollmächtigten und seines Vertreters

Beschluss: Für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgericht Oldenburg werden gemäß gemeinsamen Runderlass des Nds. Ministers der Justiz und des Nds. Ministers des Innern vom 25.07.1996 - Nds. MBI. S. 1344 -

Städt. Direktor Heinz-Bernhard Schmidt

und als Vertreter

Städt. Oberrat Herbert Greiber
gewählt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Vorlage 13/1497
Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter/innen beim Verwaltungsgericht Oldenburg

Beschluss: In die Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter/innen beim Verwaltungsgericht Oldenburg für die Amtszeit vom 01.07.2001 bis zum 30.06.2005 sind aufzunehmen:

1. Jürjen Heinks (SPD)
2. Richard Janssen (SPD)
3. Christa Kalkkuhl (SPD)
4. Wilhelm Leeker (SPD)
5. Elfriede Meyer (SPD)
6. Johann Südhoff (SPD)
7. Heinz Werner Janßen (CDU)
8. Sieglinde Kaune (CDU)

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Punkt 9: Vorlage 13/1466
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 1999 des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt 10: Vorlage 13/1454
Entlastung der Geschäftsführung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR für das Geschäftsjahr 1999

Herr Bongartz merkt an, man habe in der Vergangenheit schwere Zeiten mit dem Rettungsdienst durchgestanden. Dass man jetzt so gut dastehe, sei dem jetzigen Geschäftsführer zu verdanken.

Herr Leeker zeigt sich ebenfalls hoch zufrieden mit der derzeitigen Entwicklung.

Die **Herren Bolinius** und **Renken** schließen sich an.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1999 anzunehmen,
2. den Gewinn in Höhe von 51.799,21 DM dem Eigenkapital zuzuführen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 1999 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 11: Vorlage 13/1455
Entlastung der Geschäftsführung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, -AAGE- für das Geschäftsjahr 1999

Herr Leeker bemerkt, man müsse feststellen, dass manches nicht so gelaufen sei, wie man es sich vorgestellt habe. Gleichzeitig habe man aber die Hoffnung, dass eine Besserung eintrete.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der AAGE - der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, - werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1999 anzunehmen,
2. den ausgewiesenen Bilanzverlust in Höhe von 20.669,97 DM aus den Reserven des Vorjahresergebnisses zu entnehmen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 1999 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Punkt 12: Vorlage 13/1488
Ernennung des Feuerwehrmannes Bernd Lenz zum Stadtbrandmeister

Herr Fürst möchte die Begründung berichtigen, und zwar sei der Vorgänger von Herrn Lenz nicht Herr Kruse, sondern zunächst Herr Zerbe und dann Herr Wallerstein.

Beschluss: Der Feuerwehrmann Bernd Lenz ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Stadtbrandmeister der Stadt Emden zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 13: Vorlage 13/1490
Ernennung des Feuerwehrmannes Berend Sanders zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr/Petkum

Beschluss: Der Feuerwehrmann Berend Sanders ist zum 01.04.2001 für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr/Petkum zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 14: Vorlage 13/1499
Entlassung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Larrelt, Berend Rosenberg, aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

Beschluss: Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Larrelt, Berend Rosenberg, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 in Verbindung mit § 38 Nds. Beamtengesetz zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zu entlassen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 15: Vorlage 13/1453
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

Herr Röttgers erläutert die überplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes.

Herr Dr. Beisser geht davon aus, dass die Stadt Emden Mitglied des Zweckverbandes sei, weil sie einen Schlachthof betreibe.

Herr Hellmann möchte hinsichtlich des hohen Betrages von 377.600 DM für Grundstücksbewirtschaftung wissen, ob das Auswirkungen auf die Gebührenfestsetzung für die Nordseehalle habe. Er hoffe nicht, dass kleine mittelständische Betriebe ebenfalls Bescheide in dieser Höhe erhielten.

Herr Röttgers erwidert, bekanntlich sei die Nordseehalle früher Teil der städtischen Verwaltung gewesen und seit kurzem in einen Betrieb gewerblicher Art umgewandelt worden. Es

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

handele sich um ein sehr großes Grundstück, und daraus resultiere die Nachzahlung der Grundstücksabgaben. Mit der Festsetzung der Gebühren habe das weniger zu tun.

Auf die Frage von **Herrn Jahnke**, ob das Auswirkungen auf den Kostendeckungsgrad habe und wie die Prognose für die nächsten Jahre laute, erklärt **Herr Brinkmann**, der Kostendeckungsgrad werde sich verändern, weil man jetzt einen Eigenbetrieb habe und die Kosten einfließen lasse. In welchem Umfange er sich verändere, hänge mit der Auslastung der Nordseehalle zusammen, d. h. ob man es wieder schaffe, größere Veranstaltungen und das Fernsehen nach hier zu holen.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich die **Herren Leeker, Brinkmann, Jahnke, Bongartz** und **Renken** beteiligen, geht es in der Hauptsache um die Frage der Erzielung von Steuervorteilen und der Umlegung der Umsatzsteuer auf Dritte. Wegen möglicher Konsequenzen für andere städtische Betriebe wie BEE und Chemisches Untersuchungsamt wird Diskussionsbedarf gesehen.

Die Frage von **Herrn Renken**, welche Auswirkungen die vorgesehene Schlachtung von 400.000 Rindern auf die Situation des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung habe, kann **Herr Brinkmann** nicht beantworten, da man zurzeit nicht wisse, wieviel Fälle es in diesem Einzugsbereich gebe und in welcher Größenordnung geschlachtet werden müsse. Auf jeden Fall koste die BSE-Krise sehr viel Geld.

Herr Janßen erkundigt sich nach den Mehrausgaben von gut 100.000 DM für die Herrichtung des Kunsthallenparkplatzes.

Herr Röttgers erwidert, die Mehrkosten seien entstanden durch die Errichtung einer Lärmschutzwand, die zusätzliche Verlegung von Rohrleitungen und die Installierung einer Schrankenanlage.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2001 folgenden überplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zu:

1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig -		DM
a) 7210-7130	Umlage an den Zweckverband zur Beseitigung von Tierkörpern	244.100,00
b) 7600-5400	Grundstücksbewirtschaftung	377.600,00
2. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -		
a) 3200-9661	Erschließungsmaßnahmen für die Erweiterung der Kunsthalle	107.800,00
b) 1300-9560	Neubau Gerätehaus Feuerwehr Wybelsum - Logumer Vorwerk	350.000,00

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Punkt 16: Vorlage 13/1452
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2000

Herr Röttgers gibt Erläuterungen zur Vorlage.

Herr Scholl führt aus, in § 89 NGO heiße es, dass solche Mehrausgaben nur zulässig seien, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar seien. Er fragt, ob das für die in den letzten beiden Monaten des Jahres getätigten Ausgaben tatsächlich zutreffe oder diese Ausgaben noch getätigt worden seien, weil das Jahr zu Ende gehe.

Ihm sei aufgefallen, dass viele Ausgaben bei 30.000 DM oder knapp darunter lägen. Bei der HH-Stelle 0610-9365 im Vermögenshaushalt seien Hard- und Software für den FB 500 für 15.000 DM genehmigt worden und 14 Tage später nochmals für 28.000 DM. Wenn man das zusammenzähle, werde der Betrag von 30.000 DM überschritten.

Herr Brinkmann erwidert, am Jahresende versuche man, allen Anforderungen gerecht zu werden. Was die Schulen betreffe, so sollte man froh sein, dass diesen geholfen werde. Wenn man wisse, wie teuer Hard- und Software sei, dann wisse man auch, dass diese sukzessive angeschafft werden müsse, und dann kämen diese Beträge zusammen.

Herr Jahnke kann sich erinnern, dass im Nachtragshaushalt 60.000 DM für den FT 03 genehmigt worden seien. Er wundere sich deshalb, dass es zu einer überplanmäßigen Ausgabe von 30.000 DM als 2. Rate zur Renovierung der Außensportanlage gekommen sei.

Herr Brinkmann sagt Beantwortung über das Protokoll zu.

Anm. d. Protokollf.:

Im Nachtragshaushalt 2000 wurden keine entsprechenden Mittel für den Verein FT 03 veranschlagt.

Frau Kaune spricht die Ausgaben für Veranstaltungen des Kulturringes in Höhe von 29.000 DM an. Ihr sei nicht bewusst, dass es den Kulturring noch gebe. Die Begründung befriedige sie nicht, und sie bitte deshalb um Aufklärung hinsichtlich dieser Ausgabe.

Auch hier erfolgt eine Beantwortung über das Protokoll.

Anm. d. Protokollf.:

Die Bezeichnung der Haushaltsstelle "Für Veranstaltungen Kulturring" ist fehlerhaft. Es handelt sich hier um Veranstaltungen des Kulturamtes.

Auf den Hinweis von **Herrn Bolinius**, dass solche Fragen über das VA-Protokoll beantwortet werden könnten, da die Vorlage rechtzeitig vorliege, erklärt **Frau Kaune**, die Ratsmitglieder hätten das Recht, hier im Rat die Fragen zu stellen und ausführlich dargelegt zu bekommen, wofür das Geld ausgegeben werde, und dies nicht intern über den Fraktionsvorsitzenden klären zu lassen.

Auf die Frage von **Herrn Wessels**, ob die gesamte Verwaltung mit Alarmmeldern ausgestattet sei, erklärt **Herr Röttgers**, dass es sich um eine Anschaffung für den Rettungsdienst handle.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Punkt 17: Vorlage 13/1496
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen im Dollart-Center anlässlich des "1. Kinderjahrmarktes zu Gunsten der Ronald Mc Donald's-Kinderhilfe"

Ergebnis: Dieser TOP wurde abgesetzt.

Punkt 18: Vorlage 13/1482
3. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben

Herr Bolinius spricht sich gegen die Vorlage aus, weil für die Beseitigung eines Wespenestes Geld genommen werde. Seiner Meinung nach handele es sich um höhere Gewalt.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 13/1482 als Anlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 2

Punkt 19: Vorlage 13/1483
5. Satzung zur Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26.06.1975

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 13/1483 als Anlage beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26.06.1975.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 20: A n t r ä g e

1. Vorlage 13/1444
Ausschreibung einer Wahlbeamtenstelle;
Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 03.12.2000

Vorlage 13/1444/1
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.02.2001

Herr Dr. Beisser führt aus, dass der Antrag seiner Fraktion an den Ratsvorsitzenden adressiert worden sei, sei nicht aus Unkenntnis geschehen. In den Medien sei verbreitet worden, dass der Verwaltungsvorstand nicht beabsichtige, die Dezernentenstellen wieder zu

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

besetzen. Er sei der Meinung, dass in solchen Konfliktfällen auch der Ratsvorsitzende gewisse Rechte bei der Gestaltung der Tagesordnung haben müsse und die Stellung des Ratsvorsitzenden nicht ausreichend gewürdigt werde.

Seine Fraktion befürchte, dass durch das Ausscheiden der beiden Dezernenten ein Verlust an juristischer, fiskalischer, betriebswirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Kompetenz entstehe, der nicht so ohne weiteres auszugleichen sei. Darüber hinaus sei man der Meinung, dass dies auch einen gewissen Machtzuwachs für die betreffenden Personen bedeute. Da die Liberalen ein recht gutes Verhältnis zur Demokratie hätten, befürchteten sie, dass hier ein Fürstentum entstehen könnte. Der Machtzuwachs sei eklatant, und die Ratsposition - da gehe er mit einigen Kollegen der Mehrheitsfraktion konform - sei nach den letzten Neuernungen der NGO nicht gestärkt worden.

Daher fordere seine Fraktion, dass die Verwaltung einen Anforderungskatalog und eine Stellenbeschreibung ausarbeite und die Stelle, die im Mai frei werde, ausgeschrieben werde.

Herr Renken erklärt, der Antrag seiner Fraktion gehe in die gleiche Richtung. Zum einen fühle man sich als Fraktion in diesem Rat an die Hauptsatzung der Stadt Emden gebunden, und in dieser Hauptsatzung sei eindeutig geregelt, dass neben dem allgemeinen Stellvertreter bis zu drei weitere Wahlbeamte zu benennen seien. Daher sei man verpflichtet, zumindest eine der ehemals drei Stellen wieder zu besetzen.

Zum anderen sehe man aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Verwaltung und dem vorgenommenen Personalabbau die Reduzierung der Wahlbeamtenstellen durchaus als sinnvoll an, und seine Fraktion werde in der Beratung, die über eine Neufassung der Hauptsatzung anstehe, vorschlagen, dass max. zwei Wahlbeamtenstellen künftig besetzt werden sollten. Dies werde als ausreichend angesehen, wogegen man es nicht für angebracht halte, auf beide Stellen zu verzichten.

Seine Fraktion sei der Meinung, dass die Verwaltungsspitze ihre Qualität erhalten und möglichst verbessern sollte in der Zukunft. Ebenso denke man, dass im Zuge der Verwaltungsreform auch andere Anforderungen an einen Verwaltungsvorstand gestellt werden müssten als bisher. Damit müsse man sich aber in der nächsten Zeit in den Fraktionen politisch auseinandersetzen in Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister und in Abstimmung mit der Verwaltung.

Der Zeitrahmen sollte so aussehen, dass bis zur Ratssitzung im Juni geklärt sein müsste, dass erstens eine dieser Stellen wieder besetzt werde, und zum anderen wie das Anforderungsprofil und die Stellenausschreibung aussehen sollten. Es habe auf diesen Antrag hin schon eine Diskussion mit der SPD-Fraktion gegeben, und die Resonanz sei im Sinne dieses Antrages gewesen.

Herr Jahnke erklärt, auch in seiner Fraktion habe es die erste Beratung gegeben mit dem Ergebnis, dass eine Stelle im Verwaltungsvorstand wieder besetzt werden sollte. Es sei für einen Verwaltungsvorstand bei der Größenordnung dieser Stadt unbedingt notwendig, einen Finanzfachmann zu haben, der nicht wie früher dem klassischen Kämmerer entspreche, sondern wie in einem Wirtschaftsunternehmen agiere und die notwendigen Entscheidungen treffe.

Eine weitere Frage sei, ob die juristische Komponente berücksichtigt werde und wie mit dem sozialen Bereich, wo es immer einen Dezernenten gegeben habe, verfahren werde.

Bis zur nächsten Ratssitzung sollte a) die inhaltliche Diskussion darüber geführt werden, wie der Vorstand aussehen und wie er arbeiten solle, um dann b) die Kriterien für die Ausschreibung festzulegen.

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Abschließend möchte er darauf hinweisen, dass es auf keinen Fall passieren dürfe, dass die Ausschreibung und Wiederbesetzung der Stelle zum Spielball der Wahlkampfaktivitäten werde. Vielmehr sollte man in Ruhe beraten und versuchen, einen qualifizierten Mann oder eine qualifizierte Frau zu finden.

Herr Bongartz spricht sich ebenfalls dafür aus, diese Dinge nicht in die kommunalpolitische Auseinandersetzung der Wahl hineinzuziehen, d. h. es sollte nach Lösungen gesucht werden, das zu vermeiden.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung seien unter Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt und dem ständigen Druck der Kosteneinsparung fast 200 "Indianer" nach Hause geschickt worden, und jetzt gehe es um die "Häuptlinge". Davor dürfe man sich nicht drücken.

Am 09.09.2001 sei Kommunalwahl, und seine Fraktion sei der Meinung, dass man zwar die Grundsatzdiskussion über die Besetzung dieser Stelle führen könne, mit der Entscheidung jedoch so lange warten sollte, bis sich der neue Rat konstituiert habe.

Herr Brinkmann ist verwundert darüber, dass hier über Fürsten geredet werde und nicht darüber, was die NGO vorschreibe und vor allen Dingen, was die Gründungsväter dieser Republik in mühevoller Arbeit auf die Beine gestellt hätten, damit es kein Fürstenhaus mehr geben könne.

Er habe während seiner 20jährigen Zugehörigkeit zum Rat eher die Erfahrung machen können, dass der Rat, wenn er etwas anderes gewollt habe als die Verwaltung, sich am Ende durchgesetzt habe. Ein Fürstenhaus habe er nie kennen gelernt, weil die einzelnen Fraktionen immer zueinander gefunden hätten.

Was den juristischen Beistand angehe, so möchte er darauf hinweisen, dass die Stadt eine hervorragende juristische Abteilung habe, und ein Mann sitze hier, der sich einen guten Namen gemacht habe, der in jeder VA-Sitzung dabei sei und dessen Rat er suche. Man habe nicht umsonst als Stellungnahme der Verwaltung aufgeführt, dass vorerst auf die Wiederbesetzung der in diesem Jahr freiwerdenden zwei Wahlbeamtenstellen verzichtet werden sollte.

Er könne dem Rat nicht absprechen, dass er Herr der Hauptsatzung sei und beschließe, wieviel Vorstandsmitglieder es sein sollten. Nur an einem Punkt habe der Oberbürgermeister nach dem heutigen Recht eine stärkere Stellung als früher, er müsse sich nichts aufs Auge drücken lassen. Wenn er die Diskussion im Städtetag und auch im Landtag richtig verstanden habe, könne der Oberbürgermeister bei der Besetzung von Wahlbeamtenstellen künftig mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Rates überstimmt werden. Er möchte den Oberbürgermeister sehen, der sich sagen lassen müsse, er könne sich nicht mit dem Rat einigen.

Er sei dem Rat dankbar, wenn er sage, man solle sich die Zeit nehmen, um die Kriterien zu bestimmen, um am Ende dem neuen Rat einen Vorschlag zu unterbreiten aus der Erfahrung des alten Rates. Aber der neue Rat, der mit dem Verwaltungsvorstand zusammenarbeiten müsse, solle letztendlich die Entscheidung treffen.

Herr Renken merkt an, bisher sei es immer so gewesen, dass der alte Rat die Hauptsatzung für den nächsten Rat festlege, es sei denn, sie werde vom neuen Rat gekippt, was nicht zu erwarten sei nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit. Insofern bestehe die Notwendigkeit, dass man sich über die künftige Struktur des Verwaltungsvorstandes sowie dessen Aufgaben und Kompetenzen bereits in diesem Rat Klarheit verschaffe.

Seine Fraktion sei allerdings nicht damit einverstanden, dass der nächste Rat erst die Ausschreibung vorstelle, denn das würde bedeuten, dass bis Mai 2002 die Stelle vakant sei.

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Das Ausschreibungsverfahren sollte durchaus noch von diesem Rat in Gang gesetzt werden, aber der neue Rat solle aufgrund des Vorschlages des Oberbürgermeisters die Wahl vollziehen. Das sei ein faires Verhalten gegenüber dem neuen Rat, und es entstehe keine große Verzögerung.

Herr Brinkmann weist darauf hin, dass bis zum Ende des Jahres Herr Fürst noch im Amt sei. Es sei also nicht so, dass es Ende Mai nur noch einen 2er-Vorstand gebe.

Herr Bolinius hat Herrn Jahnke so verstanden, dass bis zur Ratssitzung im Juni die Gespräche stattfinden, das Anforderungsprofil festgelegt und dann die Ausschreibung beschlossen werde. In diesem Falle ziehe seine Fraktion den Antrag zurück und verlasse sich auf die Mehrheitsfraktion.

Herr Jahnke wiederholt, seine Fraktion wolle in den nächsten Monaten die inhaltliche Diskussion führen und daraus die Ausschreibungskriterien ableiten. Im Juni wolle man sich über das Zeitfenster hier im Hause verständigen, d. h. wann die Ausschreibung in Gang gesetzt und wann die Stelle besetzt werden solle.

Herr Dr. Kleinschmidt stellt fest, dass der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden sei und auf die Abstimmung der Anträge verzichtet werden könne.

Abweichender

Beschluss: Eine der beiden freiwerdenden Wahlbeamtenstellen soll wieder besetzt werden. In der Ratssitzung im Juni 2001 ist der Zeitrahmen für die Ausschreibung und die Wiederbesetzung festzulegen.

Ergebnis: einstimmig

- - - - -

2. Vorlage 13/1472
Stadtpolitik mit Kindern und Jugendlichen gestalten;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.01.2001

Herr Fürst teilt mit, der Antrag sei im Jugendhilfeausschuss behandelt und auf Initiative der SPD-Fraktion abgeändert worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe der Rücknahme des Antrages und der neuen Beschlussempfehlung zugestimmt.

Herr Mecklenburg gibt die geänderte Beschlussempfehlung bekannt.

Abweichender

- Beschluss:
1. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur weiteren Beratung und Bearbeitung an die Fraktionen und die Verwaltung überwiesen.
 2. Die Erarbeitung von Beteiligungsmodellen durch die Verwaltung unter Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen wird im Sinne des Antrags und der bevorstehenden Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung vorgenommen.
 3. Dem neuen Jugendhilfeausschuss bzw. dem Rat werden unmittelbar nach der Neukonstituierung entsprechende Vorschläge vorgelegt.

Ergebnis: einstimmig

- - - - -

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

3. Vorlage 13/1498
Förderung der ehrenamtlichen Arbeit;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.02.2001

Herr Züchner führt aus, um zu vermeiden, dass dieser Antrag den Wahlkampf tangiere, werde Folgendes vorgeschlagen:

"Als praktische Maßnahme am Ende der Legislaturperiode dieses Rates macht die Stadt Emden eine Veranstaltung, in der die ehrenamtliche Arbeit der drei Beiräte (Senioren-, Behinderten- und Ausländerbeirat) gewürdigt wird. Die Beiräte werden gebeten, die in ihren Bereichen ehrenamtlich tätigen Personen zu benennen. Diese sollen dann wie die Mitglieder der Beiräte zu der Veranstaltung eingeladen werden, in der die Stadt den Dank für die geleistete Arbeit ausspricht."

Er arbeite selbst in zwei Beiräten mit und habe festgestellt, dass hier eine gewisse Betroffenheit herrsche. Die Sportvereine sorgten dafür, dass ihre verdienten Sportler geehrt würden, aber im Bereich der Beiräte geschehe nichts. Die Arbeit der Beiräte sollte zum Anlass genommen werden, zum Ende der Wahlperiode im Rahmen einer Veranstaltung eine Ehrung vorzunehmen. Im Landkreis Norden sei es z. B. üblich, dass die Gemeindegewandten einmal im Jahr eingeladen würden. Er könnte sich das für den Bereich der Beiräte auch vorstellen. Es sei nicht selbstverständlich, was da geleistet werde.

Diesem Antrag könne man nach Meinung von **Herrn Bongartz** zustimmen. Der Rat sollte sich am Ende des Jahres die Zeit nehmen und seinen Dank aussprechen. Es sei zu begrüßen, dass sich Menschen engagierten, und man sei auf das Ehrenamt angewiesen.

Herr Leeker hält den im VA gemachten Vorschlag, dass sich ein Ausschuss mit diesem Thema beschäftigen sollte, für richtig. Man habe dann genügend Zeit, die entsprechende Formulierung zu finden.

Nach Meinung von **Herrn Bolinius** zähle auch der Stadtteilbeirat Barenburg dazu. Er habe im Übrigen heute beim Suchen im Internet unter dem Begriff "Förderung der ehrenamtlichen Arbeit" festgestellt, dass die Begründung dieses Antrages von dort übernommen worden sei.

Er könne nur empfehlen, mit diesem Thema ganz sensibel umzugehen. Es gebe tausende von ehrenamtlich Tätigen, die etwas leisteten. Im Sportbereich habe es schon Aufregung gegeben, weil einige Leute geehrt und andere, die es schon eher verdient hätten, vergessen worden seien. Wenn einzelne Personen herausgepickt würden, stelle dies eine große Gefahr dar. Er würde vorschlagen, das in einem Ausschuss zu besprechen.

Herr Renken erwidert, es stehe außer Frage, dass darüber in einem Ausschuss weiter diskutiert werde. Der Antrag ziele nicht allein darauf ab, einzelne ehrenamtlich tätige Personen zu ehren, sondern es gehe darum, sich auf neutraler Ebene damit auseinander zu setzen, wie die Zukunft des Ehrenamtes aussehen könnte. Man habe heute ein anderes Verhältnis zur ehrenamtlichen Tätigkeit, und insbesondere die jüngere Generation sei schwer dafür zu gewinnen.

Es müsse ein Dialog geführt werden, auch mit den Ehrenamtlichen, über geänderte Rahmenbedingungen, aber auch über die Förderung und Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit durch finanzielle Leistungen. Vor dem Hintergrund des "Jahres der freiwilligen Arbeit und des Ehrenamtes" seien auch verschiedene Maßnahmen im Rat zu beschließen. Es gehe nicht allein um die Durchführung einer Veranstaltung am Ende des Jahres, sondern das Konzept sollte auf den Prüfstand.

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Herr Brinkmann führt aus, er nehme jede Gelegenheit wahr, um das Ehrenamt hervorzuheben. Das Land ehre einmal im Jahr die Ehrenamtlichen aus ganz Niedersachsen. Erst jetzt sei er gebeten worden, weil eine Dame nicht daran habe teilnehmen können, eine Plakette zu überreichen.

Er könne Herrn Bolinius nur beipflichten, vorsichtig mit dem Thema umzugehen, denn wenn man jemanden vergesse, bekomme man Probleme. Er würde darum bitten, dass man einfach nur die Senioren-, Behinderten- und Ausländerbeiräte insgesamt einlade, denn diese fänden nicht die Beachtung, die sie als Beirat verdienten. Wenn man damit anfangen, noch zusätzlich Leute dazu zu nehmen, dann trete man bestimmt ins Fettnäpfchen. Aber man renne bei ihm offene Türen ein, wenn es darum gehe, eine gemeinsame Veranstaltung des Rates und der Beiräte, mit denen man zusammenarbeite, durchzuführen.

Herr Züchner bemerkt, er wisse natürlich, dass es sich um einen sensiblen Bereich handle. In den Gesprächen, die er geführt habe, sei ihm gesagt worden, dass es immer die Parteien seien, die die Vorschläge machten. Die Beiräte sollten selbst bestimmen, welche Leute sie mitbrächten. Dann trügen sie selbst die Verantwortung und nicht der Rat.

Herr Dilling möchte sich den Ausführungen von Herrn Brinkmann anschließen. Wenn man einem Beirat vorstehe und entscheiden solle, wen man zu einer solchen Ehrung mitnehme, wohlwissend, dass noch unzählige Leute im Hintergrund ehrenamtlich tätig seien, dann werde es schwierig. Man müsse hier mehr als überempfindlich sein, denn man sei auf die Arbeit der Ehrenamtlichen angewiesen. Von daher würde er rein gefühlsmäßig sagen, dass man konsequent allen in einer besonderen Sitzung Dank und Anerkennung aussprechen und nicht Einzelne herausgreifen sollte.

Herr Dr. Kleinschmidt stellt fest, dass eine solche Ehrung vom Rat befürwortet werde. Er schlägt vor, die Beschlussempfehlung der Vorlage zu übernehmen. Der Oberbürgermeister habe erklärt, dass er die Initiative für die Durchführung einer solchen Veranstaltung ergreifen werde.

Beschluss: Vor dem Hintergrund des "Jahres der Ehrenamtlichen" der Vereinten Nationen in diesem Jahr beauftragt der Rat die Verwaltung der Stadt Emden, eine Initiative zum Thema "Förderung der ehrenamtlichen Arbeit" zu starten. Ziel der Initiative ist die Stärkung der Freiwilligenarbeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die Elemente der Initiative ergeben sich aus der Anlage zur Vorlage 13/1498.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 21: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/1468
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des vom Verein für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e. V. (RKsH) vorzulegenden Abschlusses über die Durchführung des Rettungsdienstes in Emden für das Jahr 1999

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- - - - -

2. **Herr Brinkmann** teilt mit, unter den Zuschauern befinde sich Herr Dieter Raveling, der ihm ein Schreiben der PDS folgenden Inhalts überreicht habe:

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

"Städtepartnerschaft

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Fraktionsvorsitzende der PDS im Stadtrat Prenzlau, H.-P. Moser, hat uns (Emden) zu einer Podiumsdiskussion zum Thema "Städtepartnerschaft" am 26.05.2001 nach dorthin eingeladen. Unsere Partnerstadt feiert am 26. und 27. Mai Stadtfest.

Wie mir eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung mitteilt, ist an diesem Termin in Emden das Matjesfest. Somit würde wohl von Rat und Verwaltung niemand nach Prenzlau fahren.

Abgeordnete unserer Partei würden dennoch gerne den Termin in Prenzlau wahrnehmen und der Einladung von H.-P. Moser folgen. Wir hoffen, es ist auch in Ihrem Sinne und würden - wenn Sie es wünschen - eine Grußbotschaft nach Prenzlau mitnehmen."

Herr Brinkmann wird Herrn Raveling das Schreiben zukommen lassen.

- - - - -

3. **Herr Brinkmann** führt aus, die seit längerer Zeit geführte Diskussion über die Sauberkeit der Stadt sei von der Verwaltung aufgegriffen worden, und der neue Pressesprecher, Herr Dinkela, habe sich der Sache angenommen.

Am 31. März 2001 solle in Zusammenarbeit mit den Bürgervereinen, den Schulen und allen Interessierten eine große Säuberungsaktion gestartet werden. Treffpunkt sei um 10.00 Uhr an der Hauptwache der Feuerwehr. Es würden Aktionen in der Innenstadt vorbereitet, aber auch in den Ortsteilen seien die Bürgervereine mit Unterstützung der Feuerwehr aktiv. Die Abholung des eingesammelten Mülls sei sichergestellt.

- - - - -

4. **Herr Brinkmann** möchte aus gegebenem Anlass eine persönliche Erklärung abgeben, und zwar tue er dies zu Beginn des Wahljahres, damit man sich nicht laufend über Dinge unterhalten müsse, die selbstverständlich seien.

Er beziehe sich auf eine Presseerklärung vom 28.02.2001 des F.D.P.-Vorsitzenden, Herrn Riese. Er sei sich sicher, dass auch die Bezirksregierung schon eingeschaltet sei. Des Weiteren sei heute in der EZ eine Kommentierung des "NGO-Papstes" Robert Thiele erschienen.

Er habe am letzten Sonntag an einer parteipolitischen Veranstaltung teilgenommen, die er selber initiiert habe und die so etwas wie eine Nachlese zum Neujahrsempfang darstelle. Als Sozialdemokrat nehme er auch seine Rechte als Bürger dieser Stadt und dieses Landes in Anspruch.

Er wisse sehr wohl, dass man etwa ein halbes Jahr vor einer Kommunalwahl nicht mehr darüber nachdenken sollte, als Hauptverwaltungsbeamter Werbung für eine politische Partei zu machen, der man selber angehöre. Gleichwohl lasse er es sich nicht nehmen, den Finger zu heben und seine eigenen Genossen aufzufordern, das, was sie selber geleistet hätten, auch zu vertreten.

Wer an der Veranstaltung teilgenommen habe, habe feststellen können, dass er in einem bestimmten Rahmen die Leistungen des Rates hervorgehoben und erst ganz am

Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Ende gesagt habe, es gebe auch einen Privatmann Alwin Brinkmann. Man könne davon ausgehen, dass er um seine Pflichten und um seine Rechte Bescheid wisse.

Die F.D.P. habe offenbar Angst, dass ein ehemals erfolgreicher Wahlkämpfer die Bereiche der F.D.P. kreuze. Er sei sich sicher, dass man am Ende des Jahres feststellen könne, dass dies nicht der Fall gewesen sei.

Im Übrigen würde er dem F.D.P.-Vorsitzenden, der sich in den letzten Wochen durch parteipolitische Äußerungen hervortue, empfehlen, das ernst zu nehmen, was er jetzt sage. Er bekomme zunehmend Anrufe besorgter Eltern der Musikschule, die sich aufregten, dass der Chef der Musikschule in Emden sich in dieser Form betätige vor dem Hintergrund, dass er sehr genau wisse und die Eltern auch, dass im Haushalt der Stadt Emden ein großer Batzen Geld dafür verwendet werde, dass die Frauen und Männer ihre Kinder in die Musikschule schicken könnten. Schließlich befinde nicht der Oberbürgermeister, sondern der Rat über die Bereitstellung der Haushaltsmittel.

Er wisse um seine Pflichten und Rechte, und er werde sie hegen, wie der Gesetzgeber es vorsehe, heute, morgen und im nächsten Jahr, wenn wieder Wahlen seien.

Herr Bolinius bemerkt, wenn dies im Sinne der NGO geschehe, dann sei das für ihn kein Problem. Was aber über Herrn Riese gesagt worden sei, stelle eine Drohung dar. Er empfinde es als Skandal, dass man sage, er sei an der Musikschule tätig und wenn er sich weiterhin politisch äußere, beschwerten sich besorgte Eltern. Herr Leeker sei jahrelang Direktor der BBS II gewesen und habe sich politisch betätigt, und er habe nie gehört, dass Eltern sich beschwert hätten. Dies sei ein starkes Stück, und er frage sich, ob das so stehen bleiben könne.

Anfragen der Zuhörerinnen und Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.23 Uhr.